

Hartmut Brocke, Stiftung SPI

Lokale Zentren: die Ganztagschule als Ort und Motor sozialräumlicher Strategien im Gemeinwesen

Anstelle einer Einführung: Plädoyer für einen erweiterten Begriff von Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

1. Aus der Sicht der Gesellschaft ist es unbedingt erforderlich, dass die künftigen Generationen kompetent und produktiv sind. Angesichts der demographischen Entwicklung werden sie zahlenmäßig schrumpfen, aber enorme transferabhängige Bevölkerungsgruppen mittragen müssen. Unter dem Gesichtspunkt der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft können wir uns eine zukünftige Erwerbsbevölkerung nicht leisten, die vielleicht zu 20 bis 30 Prozent aus funktionalen Analphabeten und/oder Menschen ohne Sekundarschulbildung besteht.
2. Der soziale Status der Eltern diktiert immer noch den Bildungserfolg, das Einkommen und die Berufsaussichten von Kindern. In der heutigen Forschung werden 2 kausale Mechanismen herausgestellt: „Geld“ und „Kultur“. Relative Einkommensarmut der Eltern und ökonomische Unsicherheit werden mit schwerwiegenden Negativeffekten auf die schulische Leistung und die spätere Einkommensaussicht von Kindern beschrieben. Kinder, die in Armut und Unsicherheit aufwachsen, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit ihrerseits arme Eltern. Das Armutsargument bezieht sich auf die Theorie des Humankapitals und fragt nach der Fähigkeit von Eltern in die Zukunft ihrer Kinder zu investieren.
3. Dauerhafte ökonomische Entbehrung und Unsicherheit sind vermutlich fundamentale, aber nicht hinreichende Ursachen geringer Lebenschancen. Der „kulturelle Faktor“ ist ebenfalls entscheidend und prägt die kognitive und motivationale Entwicklung von Kindern. Kognitive Fähigkeiten sind der Schlüssel zu Bildungsleistungen von Kindern. Sie sind zugleich Vorbedingung für erfolgreiche Umschulung und Aktivierung im Erwachsenenalter.
4. Die wichtigste Phase der kognitiven Entwicklung liegt vor dem Schulalter. Kinder mit geringen kognitiven Entwicklungsmöglichkeiten laufen Gefahr, im Laufe ihrer Bildungskarriere immer weiter zurückzufallen, weil die Unterrichtsschule nicht in der Lage ist, die vorausgegangenen Versäumnisse auszugleichen. Ein allgemeiner Zugang zu einer hochwertigen Kinderbetreuung hilft Lebenschancen zu verbessern und ermöglicht zugleich mehr Erwerbsarbeit von Frauen.
5. Der Kern eines erweiterten Begriffs von Kinder-, Jugend- und Familienpolitik liegt deshalb in einer Doppelstrategie, die zum einen gegen Armut im Kindesalter und zum anderen aus Maßnahmen zur Angleichung der kognitiven Stimuli für die Kinder im Vorschulalter bestehen muss.
6. Der effektivste Weg aus der „Armutsfalle“ wäre der, dass Mütter berufstätig sein können. Sie wäre die beste „Leiter“ aus der Armut. Wenn Frauen der Zugang zur Kinderbetreuung offen steht, ist die Unterbrechung ihrer Erwerbskarrieren weitaus kürzer.

Fazit:

Die Herausforderung für die Kinder- und Jugendpolitik besteht darin, eine Strategie zu entwerfen, die verhindert, dass die Berufstätigkeit von Müttern, ob in Voll- oder Teilzeit, schädliche Wirkungen auf die kognitive und motivationale Entwicklung der Kinder hat.

Die Qualität vorschulischer Betreuung darf kein Spiegelbild der elterlichen Finanzkraft sein, sonst würde die Korrelation zwischen der sozialen Herkunft und den Lebenschancen weiter verstärkt.

Der zentrale Punkt ist, dass eine Politik des allgemeinen Zugangs zu qualitativ hochwertiger Tagesbetreuung für Kinder zwischen 0-6 Jahren zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt.

Armutsbekämpfung und qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung stellen eine effektive Investition in die Chancen von Kindern und in die zukünftige Produktivität unserer Gesellschaft dar.¹

1. Die Ziele integrierter Dienstleistung

Wer Kindern nachhaltig helfen will, hilft ihren Familien. Wer Familien helfen will, hilft dem Gemeinwesen, in dem Familien sich bewegen.

Die Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen im Lebensalter von 0-6 bzw. 6-17 ist gesellschaftlich gesehen nicht nur eine private Aufgabe der Eltern, sondern Teil der öffentlichen Verantwortung für die nachwachsende Generation. Eine integrierte Strategie zur Verbesserung der Teilhabechancen und sozialen Lage von Familien mit Kindern ist deshalb Infrastrukturpolitik. Sie verknüpft kleine Netze (Nachbarschaft) mit großen Netzen (Jugend-, Sozial- und Bildungspolitik). Sie fördert Aktivität und Selbsthilfe und nutzt diese Ressourcen.

Es geht um den Aufbau eines kommunalen Systems integrierter Kinder- und Jugendförderung und die Umwandlung der vorhandenen Kinderbetreuungsangebote, der Jugendarbeit und der Schulbildung, in ein integriertes Konzept und damit ein für alle Kinder und Familien zugängliches Angebot.

Ohne die Einbindung aller Akteure wird die Nachhaltigkeit des Erfolgs der integrierten Dienstleistungsangebote gefährdet. Es geht insbesondere darum, die lokalen Akteure und die vorhandenen Ressourcen in den ausgewählten Gebieten zu mobilisieren. Konkret: Es geht um den Aufbau von kommunalen Bündnissen der Kinder und Jugendhilfe, der Bildung und der Wirtschaft.

2. Bestandsaufnahme**a) Biografische Weichenstellungen**

In der Biografie der Kinder und Jugendlichen sind mehrere Schwellen/Übergänge zu beachten, deren Bewältigung Karrieren befördern oder beeinträchtigen können.

¹ Zusammenfassung aus Frankfurter Rundschau 20.12.2003, Gösta Esping-Andersen „Aus reichen Kindern werden reiche Eltern“

- Die erste Schwelle/Weiche ist geprägt durch die soziale, ökonomische und geografische Lage der Eltern, der Familie, in die das Kind hineingeboren wird. Unser Hilfe- und Bildungssystem ist nachweisbar nicht in der Lage, spezifische Benachteiligungen auszugleichen.
- Die zweite Schwelle/Weiche ist der Eintritt in die Schule und bezieht sich insbesondere auf die Sprachfähigkeit. Sie ist die zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Schulkarriere.
- Die dritte Schwelle/Weiche in der Biografie eines Kindes liegt in der Schule, beim Übergang von Sekundarstufe 1 zu Sekundarstufe 2. Scheitert das Kinder an dieser Schwelle, wird es von spezifischen Zukunftschancen ausgeschlossen. Im ungünstigsten Falle entwickeln sich negative Schulkarrieren, Schulverweigerung und Verlassen der Schule ohne Abschluss.
- Die vierte Weichenstellung ereignet sich bei dem Übergang von der Schule zu einer beruflichen Ausbildung. Gelingt dieser Übergang nicht oder wird er zeitlich über mehrere Monate verzögert, geraten diese Jugendlichen in die Gefahr, sich in spezifische Milieus zurückzuziehen, ggf. Verhaltensauffälligkeiten zu „kultivieren“.
- Die fünfte biografische Weiche besteht beim Übergang von einer Berufsausbildung/Qualifizierung in das Arbeitsleben.

Alle fünf Schwellen beinhalten in ihrem zeitlichen Ablauf spezifische biografische „Risiken“ von Kindern und Jugendlichen. Sie sind entscheidend, die Lebensphasen Kindheit und Jugend erfolgreich abzuschließen.

Traditionell arbeitet die Kinder- und Jugendhilfe getrennt nach Lebensphasen in ihren spezifischen Säulen. Die spezialisierten Angebote sind nicht aufeinander bezogen, obwohl sie sich gegenseitig bedingen. Diese wechselseitige Bedingtheit erfordert zumindest an den Schnittstellen der Übergänge ein integriertes Handeln aller Akteure. Sie erfordern aber insbesondere ein Hilfe- bzw. Angebotssystem, welches zumindest an diesen biografisch entscheidenden Karriereweichen nach den individuellen sozialen, emotionalen und kognitiven Entwicklungsständen, maßgeschneiderte Hilfe- bzw. Integrationspläne anbietet.

Die Struktur der vernetzten und integrierten Dienstleistung in allen Lebensphasen muss deshalb stets mit einer Struktur der Individualisierung durch „maßgeschneiderte“ Förder- bzw. Hilfskonzepte (Jugendhilfemanagement) verbunden werden.

b) Definition der Zukunftsanforderungen

Der Bildungsbegriff der Kinder- und Jugendhilfe ist mehr als nur ein „Wissenserwerb“, sondern versteht Bildung als einen Prozess der Befähigung zu eigenbestimmter Lebensführung und als Aneignung von Selbstbildungsmöglichkeiten. Es geht um die Entfaltung der Persönlichkeit, eigene Potentiale zu entwickeln und Individualität herauszubilden.

Die Zukunftsperspektiven der Kinder und Jugendlichen in unserer Gesellschaft sind von zentraler Bedeutung. Wir gehen davon aus, dass die zukünftige Gesellschaft

- eine *Wissensgesellschaft* sein wird, in der Intelligenz, Neugier, Lernen wollen und können, Problem lösen und Kreativität eine wichtige Rolle spielen,
- eine *Risikogesellschaft* sein wird, in der die Biografie flexibel gehalten und trotzdem Identität gewahrt werden muss, in der der Umgang mit Ungewissheit ertragen werden muss und in der Menschen ohne kollektive Selbstorganisation und individuelle Verantwortlichkeit scheitern können,

- eine *Arbeitsgesellschaft* bleiben wird, der die Arbeit nicht ausgegangen ist, in der aber immer höhere Anforderungen an die Menschen gestellt werden, dabei zu sein,
- eine *demokratische Gesellschaft* bleiben muss, in der die Menschen an politischen Diskursen teilnehmen und frei ihre Meinung vertreten können, öffentliche Belange zu ihren Angelegenheiten machen, der Versuchung von Fundamentalismen und Extremen widerstehen und bei allen Meinungsverschiedenheiten Mehrheitsentscheidungen respektieren,
- als *Zivilgesellschaft* gestärkt werden soll, mit vielfältigen Formen der Partizipation, Solidarität, sozialen Netzen und Kooperation der Bürger, egal welchen Geschlechts, welcher Herkunft, welchen Berufs und welchen Alters,
- eine *Einwanderungsgesellschaft* bleiben wird, in der Menschen verschiedener Herkunft, Religion, Kultur und Tradition integriert werden müssen, vorhandene Konflikte und Vorurteile überwunden und Formen des Miteinanderlebens und -arbeitens entwickelt werden müssen, die es allen erlauben, ihre jeweilige Kultur zu pflegen, aber auch sich wechselseitig zu bereichern.

c) Die Bildungskatastrophe hat ihre eigenen Orte

Der Wohnung und dem Wohnort kommt eine herausragende Bedeutung in der Persönlichkeitsfindung zu. Dies um so mehr, wenn die Zugehörigkeit zur Gesellschaft negativ definiert ist und der Erfahrungs- und Bewegungsspielraum fast ausschließlich auf diesen Nahraum beschränkt ist.

Auch die Stadtforschung kennt die Prozesse der Kumulation und Segregation. Gemeint sind Quartiere, in denen sich Armut, Marginalisierung und Ausgrenzung konzentrieren. Dieser Prozess ist an Hand statistischer Daten erkennbar. Wenn eine gewisse Entwicklung signifikant geworden ist, zeichnet diese Quartiere eine kumulative Abwärtsentwicklung aus, das heißt, die selektive Immigration wird stärker, die sozial aktiven und kompetenten Bewohner wandern ab. Die Konflikte innerhalb solcher Quartiere spitzen sich zu (auch zwischen den ethnischen Gruppen), das Leben in diesen Quartieren, in denen sich die Benachteiligten konzentrieren, wird selbst beeinträchtigt.

Sichtbare Signale sind ethnische Distanzen und gewaltförmige Konfliktlagen, vor allem in den Schulen, Verwahrlosung, sichtbarer Abstieg des öffentlichen Raums, wachsender Alkoholismus, Müll und Vandalismus, Erosion der Infrastruktur.

Die persönliche Entwicklung und Selbstverwirklichung, die soziale und berufliche Integration, etwaige spätere Lernerfahrungen des einzelnen Menschen hängen weitgehend davon ab, ob er am Ende seiner Schulpflichtzeit über ein Paket von Schlüsselkompetenzen verfügt und erhält. Inhalte dieses „Pakets“ Schlüsselkompetenzen sind die Fähigkeit und Fertigkeit zur Kommunikation in der Muttersprache und in Fremdsprachen, die mathematische Bildung und Grundkenntnisse in den Naturwissenschaften und der Technik, IT-Kenntnisse, die Fähigkeit Lernen zu lernen, aber insbesondere auch zwischenmenschliche und staatsbürgerliche Kompetenzen, sowie unternehmerische Fähigkeiten und kulturelles Bewusstsein.²

² Gemeinsamer Zwischenbericht des Rates und der Kommission über Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa 6236/04-EDUC32, 12.02.2004 (23.02)

Die zentralen Begriffe sind „Teilhabechance“ und „Teilhabegerechtigkeit“. Deren wesentliche Voraussetzungen sind das Eingebundensein in soziale Netze, die je nach Lebensumständen, unterstützende, integrierende und fördernde Funktionen bzw. Aufgaben wahrnehmen.

3. Zivilgesellschaft und die entwickelten Strategien von „Good Governance“

Die Strategien von „Good Governance“ setzen auf:

- die Gewinnung tatkräftiger Kooperationspartner durch Klarheit der Ziele
- den Respekt und das wechselseitige Vertrauen der Partner
- die Enttabuisierung wichtiger Themen durch Öffentlichkeitsarbeit
- die Offenheit der weiteren Teilnehmer
- die externe Kontrolle durch Offenlegung zentraler Informationen
- die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der Kooperationen durch Legitimität
- die Veränderung im jeweiligen Rollenverständnis als Teil der Gesamtgesellschaft.³

Eine derart gestaltete Politikstrategie zur Zusammenarbeit bietet Vorteile für alle Beteiligten. Dies zum Beispiel durch

- die Erweiterung der Perspektive für Alternativlösungen,
- die Möglichkeit zu kostengünstigeren und bedürfnisgerechteren Problemlösungen durch die direkt Betroffenen,
- die Unterstützung für die eigenverantwortliche Lebensweise und die individuelle Entfaltung im Sinne des Gemeinwohls,
- die Erweiterung der Mitgestaltungsmöglichkeiten für betroffene Gruppen, die bislang ihre Erfahrungen im Entscheidungsprozess nicht einbringen konnten,
- die Förderung eines Konfliktlösungsmanagements durch die Kommunikationsfähigkeit der Beteiligten in ihrer Region,
- die Förderung der sozialen Kompetenz der Beteiligten,
- die Bewältigung von Problemen, die ansonsten wirtschaftliche Aktivitäten beeinträchtigen würden,
- die Ermöglichung von Wissenstransfer zum gegenseitigen Vorteil.

Zur Zivilgesellschaft gehören die selbstorganisierten Initiativen, Vereine, Verbände und Organisationen, die weder der staatlichen (öffentlichen) Sphäre zuzurechnen, noch in der Privatsphäre angesiedelt oder dem Markt zugerechnet werden können. Ihre institutionellen Merkmale sind: Selbstorganisation und Selbständigkeit.

Sie handeln im öffentlichen Raum und wirken über den Austausch, die Diskussion, die Verständigung, aber auch benennen von Konflikten in der Öffentlichkeit. Ihre integrativen Merkmale sind: Anerkennung von Vielfalt und Heterogenität. Zur Zivilgesellschaft gehört Zivilität, d.h., sie handeln friedlich, ohne Protest oder Konflikten auszuweichen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen beziehen ihren Wert aus der Anerkennung des Gemeinwohls, d. h. sie gehen von den jeweils spezifischen, partikularen Interessen und Erfahrungen der Einzelnen aus, beziehen sich aber gleichzeitig auf das allgemeine Wohl. Zivilgesellschaft steht damit für eine Kultur des mündigen, friedlichen, selbständigen, nicht egoistischen oder doch nicht nur egoistischen Denkens, Handelns und Kommunizierens.

Dieser hier beschriebene Rahmen von zivilgesellschaftlicher sozialer Interaktion korrespondiert mit Entwicklungstendenzen in Verwaltung und Politik, aber auch in einigen wirtschaftlichen Unternehmen und ist in Familien und Verwandtschaftsbeziehungen wieder

³ Pröhl, Good Governance für Lebensqualität vor Ort, Bertelsmann Stiftung 2002

zu finden. Zivilgesellschaftliche Anstrengungen werden als „Gegenprogramm“ zu einem alles regelnden, omnipotenten Staat und der Übermacht des „Marktes“ gesehen, als deren Folgen der fortgeschrittenen Individualisierung und Fragmentierung der Lebenszuschnitte gesehen wird.⁴

4. Der zukünftige demographische „Normalfall“: multi-ethnisch und interkulturell

Der Abschlussbericht des Forschungsverbundes „Stadt 2030“ kommt zu der Aussage, dass die Zukunft der deutschen Städte und Gemeinden multi-ethnisch und interkulturell sein wird.

Aufgrund von Zuwanderung, vor allem aber aufgrund generativer Effekte ist die Aufgabe der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine bedeutende strategische Zukunftsaufgabe, die zentral verantwortet, aber lokal gelöst werden muss. Migration ist kein zeitlich befristetes Phänomen und auch kein randständiges Thema bestimmter „Problemgruppen“, sondern betrifft den gesamten kommunalen Zusammenhalt.

Junge Menschen mit Migrationshintergrund starten mit schlechten Chancen in das berufliche und gesellschaftliche Leben. Eine zentrale Rolle im Prozess der Integration kommt deshalb der Bildung zu. Bildung ist nicht nur Kapital auf den Arbeitsmärkten, sondern beeinflusst auch andere Aspekte der Lebenslagen, z. B. gesundheitliche Situation, soziale Teilhabe und wirkt so als bestimmender Faktor der Lebensbewältigung. Der Bildungs- und Ausbildungsgrad liegt bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund immer noch weit unter dem von Kindern und Jugendlichen deutscher Herkunft. Junge Zuwander/innen sind an Gymnasien unterrepräsentiert. Bei der Vergabe von Lehrstellen werden deutsche Jugendliche bevorzugt.

Ohne Teilhabe an der Sprache einer Gesellschaft und ohne gleichberechtigte Bildungschancen gibt es keine berufliche Integration, die der Schlüssel zur sozialen Integration ist.

Dem Zugang zu Erwerbsarbeit kommt nach wie vor eine herausragende Bedeutung zu, da diese gegenwärtig und auf unabsehbare Zeit das zentrale Anerkennungsmedium darstellt.

Bereits in Kindergarten und Grundschule müssen Initiativen, Sprach- und Lernhilfen verstärkt gefördert werden, um diesem Defizit entgegen zu wirken. Lehrpläne müssen so gestaltet werden, dass sie die migrationsspezifischen Besonderheiten berücksichtigen.

Stadtteile und Regionen, in denen sich bestimmte ethnische Gruppen konzentrieren, müssen große Integrationsleistungen für die Gesellschaft erbringen. Unter Einbeziehung des Aspekts der sozialräumlichen Konzentration von Benachteiligungslagen ist es für den Prozess der sozialen Integration notwendig, den Dialog und die Beteiligung aller relevanten Gruppen und Einrichtungen sicherzustellen.

Hier kann Kinder- und Jugendhilfe in ihrem Kern nur erfolgreich sein, wenn sie sich als Querschnittstätigkeit definiert. Die Umsetzung der sozialräumlichen Integrationsstrategien der Kinder- und Jugendhilfe müssen in Kooperation mit den Ressorts Soziales und Gesundheit, Schule und Arbeit erfolgen, wobei ein Umsteuern der kommunalen Kinder- und Jugendhilferessourcen auf sozialraumbezogene strukturelle Leistungen erforderlich ist.

⁴ Hierzu: Gosewinkel u. A. (Hg.), Zivilgesellschaft - national und transnational, WZB-Jahrbuch 2003, edition sigma

5. Der Schlüssel aller Bildungsanstrengungen: die Fähigkeit zur Kommunikation

Das wichtigste Instrument der Kommunikation ist die Sprache. Die Beherrschung ihrer Formen, Regeln und Ausdrucksmöglichkeiten schafft den Zugang zu anderen Menschen und das Verständnis der mit ihnen geteilten Kultur.

Die Beherrschung, das „zu Hause sein“ in der Sprache, die wir mit anderen Menschen teilen, ist ein zentraler Schlüssel aller Bildungsanstrengungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Das Beherrschen von Sprechen und Schreiben ist die Voraussetzung für das Durchschauen der kulturellen und gesellschaftlichen Regeln und für das Lernen von Distanz und Souveränität.

Die Beherrschung von Kommunikation schafft die Fähigkeiten zur Reflexion und Selbstbezüglichkeit, das Durchschauen lernen gibt Distanz und Souveränität. Durch Wissen und Können, durch Verstehen und Verständigkeit wird die gesellschaftliche Teilhabe organisiert. Die neue Qualität eines solch gelungenen Bildungsprozesses ist die Fähigkeit, nicht nur nahe liegendes zu sehen, sondern auseinander liegende Bezüge unter einen Gesichtspunkt zu bringen. Diese Fähigkeit nennen wir „Kreativität“.

6. Die öffentliche Verwaltung als Initiator und Träger dieser Gemeinschaftsanstrengung

Die Kommune spielt bei lokalen Aktionsplänen eine Schlüsselrolle.

Politik und Verwaltung haben einen Kernbereich von Standards und Qualitätsmerkmalen festzulegen, die bei öffentlicher Förderung unverzichtbar sind.

Die Verantwortung der Kommune richtet sich insbesondere:

auf strategische Ziele,

vor allem auf die Koproduktionsebenen zu formulieren, abzustimmen und festzulegen;

auf die administrative Ebene,

um die einzelnen Fachkompetenzen der Ämter zu bündeln und Querschnittskompetenz zu entwickeln und Transparenz und Bürgernähe durch die Gesamtstruktur zu schaffen;

auf die methodische Ebene,

denn diese verhilft den Bezirken, abgestimmte Leitlinien mit entsprechenden Zeitplänen für deren Verwirklichung festzulegen und gleichzeitig quantitative und qualitative Indikatoren zur Auswahl und zum Vergleich lokaler Angebote für die Maßnahmen und Projekte festzustellen und sich ein Instrument der Evaluierung, Bewertung und Prüfung zu schaffen;

auf die sozialräumliche Ebene,

hier werden die sozialen Hilfen und Dienste stärker präventiv und ursachenbezogen sein. Es können Akteure und Initiativen zur Beteiligung gewonnen werden, die sonst nicht erreicht wurden;

auf die Aktionsebene

der sozialen Integration im Wohnumfeld durch die Entwicklung dieser neuen Kooperations- und Beteiligungskultur.

Diesen übergreifenden Eckpunkten werden gebietsbezogene Standards an die Seite gestellt:

- Quartierspolitik
- Empowerment
Perspektiven entwickeln, Projekte möglich machen, städtebauliche Investitionen konzentrieren und mit sozialen Infrastrukturpolitiken kombinieren,
- Lokale Partnerschaften, lokale Ökonomie,
Vernetzung und Verflechtung, soziale Arbeit als Koproduktion,
- Partizipation
Bürgerbeteiligung, Stärkung der Stellung der betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern, Selbsthilfe und soziales nachbarschaftliches Engagement,
- Linkage-Politik
soziale Verantwortung der privaten Wirtschaft, Formulierung der Schnittstellen zwischen anderen Politikbereichen.

Auf der kommunalen (lokalen Ebene) sollten diese Leitziele und Fachstandards in quartiersbezogene Aktionsprogramme umgesetzt werden. Voraussetzung dafür war ein neues Verständnis, eine neue Kultur von Kooperation (vgl. die Diskussion und die Stichworte um Urban Governance), die die Maßnahmen einer integrierten Quartiersentwicklung professionell initiieren und begleiten sollen.

Die Matrix solcher lokalen Aktionspläne/Aktionsprogramme:

- Soziale und ethnische Integration, das Zusammenleben in der Nachbarschaft,
- Öffentlicher Raum und Sicherheit,
- Wohnen und Wohnumfeld,
- Soziale Infrastruktur, Schule, Kinder, Jugendliche und Familienförderung,
- Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung,
- Gesundheitsförderung, besondere soziale Lebenslagen,
- Entwicklung neuer stadträumlicher Steuerungsinstrumente,
- Gebietsbezogener gebündelter Ressourceneinsatz.

Als methodisches Instrument ist der lokale Aktionsplan zur Umsetzung dieser integrierten Handlungsstrategien entwickelt worden. Der lokale Aktionsplan setzt sich aus folgenden Eckpunkten zusammen:

- die differenzierte Problembeschreibung,
- die Entwicklung von strategischen Entwicklungszielen,
- die Umsetzung dieser strategischen Ziele in operative,
- die Ermittlung der betroffenen Ämter, Ressorts,
- die Auflistung der bestehenden Fördermöglichkeiten der Städte und Gemeinden des Landes und des Bundes,
- die Feststellung, wie bestehende Fördermöglichkeiten neu ausgerichtet werden müssen,
- die Beteiligungsressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner,
- die Ziele und Aufgaben lokaler Netzwerke,
- die Ermittlung der aktiven und potentiellen Aktionspartner,
- die Festlegung von Entscheidungsgremien über einzusetzende Ressourcen,
- Öffentlichkeitsarbeit.

Die Verwaltung bündelt durchaus im Sinne von Vorleistung auf der administrativen Ebene die einzelnen Fachkompetenzen der Ämter, um Querschnittskompetenz zu entwickeln und Transparenz und Bürgernähe, bezogen auf die Integrationshilfen und die Sozialraumorientierung zu schaffen. Die Verwaltung entwickelt Methoden der Kooperation, um Leitlinien, operative Ziele und Zeitpläne für deren Verwirklichung festzulegen. Sie entwickelt quantitative und qualitative Indikatoren zur Auswahl und zum Vergleich lokaler

Angebote als Instrument der Evaluierung, Bewertung und Prüfung. Auf der sozialräumlichen Ebene können soziale Hilfen, Maßnahmen, Projekte als flexible und lebensweltnahe Angebote organisiert werden. Es müssen neue Akteure und Initiativen zur Beteiligung gewonnen werden, die sonst nicht erreicht wurden bzw. die sich in der Vergangenheit nicht als Akteur zur Verbesserung der sozialen Situation verstanden haben.

Lokale Aktionspläne sind ein Instrument kleinräumiger, sozialraumbezogener, strategisch und kooperativ angelegter kommunaler Entwicklungspolitik. Ihr Ziel ist es, lokale Ressourcen zu stärken und zu fördern und Impulse zur gesellschaftlichen Integration und zur Eröffnung von Teilhabe- und Mitwirkungschancen zu geben. Die Programmphilosophie von E & C setzt auf eine Strategie der Koproduktion, auf der methodischen Ebene auf Netzwerkarbeit und auf lokalen Bedarfslagen orientierte integrierte Handlungsstrategien. Hierbei kann das Instrument der lokalen Aktionspläne eine prominente Rolle spielen. Es geht um dezentrale kooperative partizipative Gestaltungsstrategien und Entscheidungsprozesse, in der insbesondere die vor Ort mitgestaltenden Akteure aktiv einbezogen werden.

7. Die fünf Ebenen der Kinder- und Jugendhilfe

Der Bestand der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe wird aufgenommen und ihre Verzahnung überprüft.

- Familienunterstützende Angebote;
- Familienergänzende Angebote;
- Familienersetzende Angebote;
- Kinder- und jugendunterstützende Angebote;
- Angebote der Kinder- und Jugendarbeit.

Dabei werden die Angebote nach Lebensphasen organisiert:

Kinder in der Lebensphase 0-3:

Familienberatung, Bildungsberatung, Biografieberatung, Stabilisierung der familiären Strukturen,

Kinder im Alter von 3-6 Jahren:

Entwicklung sozialintegrativer Bildungsangebote im Bereich der Ganztagsbetreuung, Kooperationen zwischen Institutionen der Ganztagsbetreuung und der Grundschule,

Kinder und Jugendliche im Alter von 6-10/12 Jahren:

Entwicklung von gemeinsamen Betreuungsangeboten zwischen Jugendhilfe und Schule,

Jugendliche im Alter von 12-17 Jahren:

Sicherung des Übergangs von Schule in den Beruf.

a) Familienberatung und Bildungsberatung aus einer Hand

Zur aktiven Rolle des „Gestalters“ von Chancengerechtigkeit gehört die Fähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe, Bündnisse mit den Eltern zu schließen. Die Voraussetzung für ein solches Bündnis ist die Bereitschaft der Kinder- und Jugendhilfe, Angebotsformen zu entwickeln, die den Eltern, neben der Aufklärung über die Notwendigkeit von Bildung, konkrete Hilfen und Nützlichkeiten anbietet.

Dies gilt insbesondere für Familien mit Migrantenhintergrund. Es bedarf einer spezifischen Angebotspalette für diese Eltern, die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen zu lernen.

Es geht weiter darum, im Rahmen dieses Beratungsprozesses die spezifischen Überforderungslagen der Familie zu analysieren und im Einklang mit den Eltern familienergänzende Angebote zur Verfügung zu stellen.

Die Anforderung an eine Bildungsberatung ist die Aufstellung individueller Bildungs- und Entwicklungspläne, die mit den Eltern verbindlich abgestimmt werden.

Bildungsberatung ist die Aufklärung der Eltern über die bestehenden Bildungs- und Erziehungsberatungsmöglichkeiten und schließt die Gesundheitsberatung genauso wie den aktiven Beistand und die Begleitung bei der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes mit ein.

Leitziele:

Keine Familie bleibt ohne Beratungsangebot.

Eltern mit Neugeborenen werden zu Hause besucht.

Eltern mit kleinen Kindern werden vorrangig beraten und vermittelt bei der

- Arbeitssuche,
- Wohnungssuche,
- Kinderbetreuung,
- Gesundheitsvorsorge.

b) Die Kindertagesstätte wird zum Familienzentrum

Die Kindertagesstätte versteht sich als Impulsgeber für familienorientierte selbst gesteuerte Angebote. Sie hat zum Ziel, Ehrenamt und Selbstorganisation zu aktivieren und die Kindertagesstätte auch als Ausgangspunkt oder Ort dieser Aktivitäten anzubieten. Sie erhält den Auftrag zur Verbesserung und Abstimmung eines familiengerechten, institutionellen Angebotes im Sozialraum. Sie kooperiert mit ihren Bildungsangeboten für Initiativen der Wirtschaft, insbesondere aber mit der Schule.

In Kooperation mit den Lehrerinnen und Lehrern der Ganztagschule werden die Bildungsvoraussetzungen, besonders die Sprachfähigkeit, soziale und körperliche Entwicklung der Kinder beobachtet, Förderpläne, Entwicklungspläne festgelegt und der Übergang vom Kindergarten zur Schule vorbereitet und gesichert.

Der Kindergarten muss sein „Betreuungskonzept“ durch ein „Bildungskonzept“ ersetzen. So sollte zum Beispiel die Vermittlung der deutschen Sprache für Migrantenkinder und deren Eltern obligatorisch werden.

Bildungskriterien im Kindergarten verlangen auch, dass hier die Grundlagen von Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt werden, die bisher allein der Schule zugeordnet wurden. Dazu gehören insbesondere die Auseinandersetzung mit verschiedenen Kulturen und Lebenslagen und das Heranführen an fremde Sprachen.

Neben dem Einüben der deutschen Sprache soll in den Kindertageseinrichtungen das Verständnis für andere Sprachen, wie die Vermittlung der Anfänge der englischen Sprache obligatorisch sein.

Die Kindertageseinrichtungen definieren sich als soziales Forum, das heißt, sie entwickeln, bezogen auf die Lebenslage, die soziale Herkunft und die Bildungsvoraussetzungen ihrer

Kinder und deren Herkunftsfamilien, ein „Bildungscurriculum“, das die Spiel- und Lernangebote der professionellen Akteure leitet.

Die Bildungscurricula der Kindertagesstätte als soziales Forum sind in Spiel- bzw. Bildungspläne zeitlich geordnet und so aufgebaut, dass die aktive Beteiligung der Eltern ein wesentliches Erfolgskriterium der Bildungsanstrengungen der Kindertagesstätte ist.

Die Kindertagesstätte kooperiert mit Erziehungsberatungsstellen, mit der Bildungsberatung, mit Musik- und Volkshochschulen, Handwerkern, sie erkundet die Arbeitswelt der Erwachsenen und beteiligt sich an der Debatte über die Entwicklung des Nahraums.

Aus der klassischen Kindertagesstätte wird ein Familien- und Nachbarschaftszentrum.

Leitziele:

Jedes Kind erhält eine:

- Sprachförderung,
- mathematisches und naturwissenschaftliches Grundverständnis
- Musikförderung,
- Sportförderung,
- Gemeinschaftsförderung.

c) Jugendarbeit als außerschulische Jugendbildung

Die Generalaufgabe der Jugendarbeit und Jugendbildung liegt in der Unterbrechung der zunehmenden Zahl von Negativkarrieren und in der Entwicklung neuer legaler Karrierepfade.

Ihre Bildungsaufgabe liegt in der Vermittlung, das Vertrauen der Jugendlichen in die Lösbarkeit ihrer Probleme zu erwecken und alternative Lebenswege für sie erkennbar wieder herzustellen und erstrebenswert zu machen.

Die Jugendarbeit und Jugendbildung greift den Kanon des Bildungslernens auf und nutzt die Instrumente der außerschulischen, kulturellen und politischen Jugendbildung, in dem sie exemplarische Projekte und Modelle anbietet oder von Dritten anbieten lässt.

d) Neue Ganztagschulen in Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe

Das klassische deutsche Bildungssystem erfüllt die Anforderungen der Vermittlung und Bildung von Zukunftskompetenzen nicht.

Knapp 9 % eines Jahrgangs verlässt die Schule ohne Abschluss, zwischen 15 % und 20 % ist ohne Zusatzbetreuung nicht in der Lage, eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle anzutreten, ein Viertel der Lehrverträge wird aufgelöst. Die Ausbilder vermissen Basisqualifikationen sowohl in den Kenntnissen als auch in den Verhaltensweisen vieler Jugendlicher.

Die deutsche Halbtagschule rechnet mit der erzieherischen Leistung einer Familie, die es in vielen Fällen gar nicht mehr gibt. Vielen Schülerinnen und Schülern aus Zuwandererfamilien fehlen in Grund- und Hauptschulen die Sprachkenntnisse, um dem Unterricht zu folgen. Ohne zusätzliche Fördermaßnahmen führen die Defizite der einen auch zu den Beeinträchtigungen der anderen Schüler.

Das System des Sitzen bleibens und des Verweises an andere Schulformen entlastet zwar den Unterricht mit besseren Schülern in Gymnasium und Realschule, verschärft aber das Qualifikationsproblem der Absteiger. Diese sammeln sich in den Abschlussklassen der Hauptschulen und im berufsvorbereitenden Jahr und bilden eher depressive und aggressive Verhaltensweisen aus.

Wo eine konkrete Berufsperspektive (Übergang Schule Beruf) nicht sichtbar wird, lässt sich auch die Schulmotivation nicht aufrechterhalten. Schule schwänzen, innere Kündigung und Unterrichtsstörungen sind die Folgen. Den Verlierern des deutschen Bildungssystems, nämlich denen, die die Mindestqualifikation für den Arbeitsmarkt nicht erreichen, droht der dauerhafte Ausschluss vom Eintritt in eine Erwerbsbiografie.

Dies bedeutet auch die Aufstellung von individuellen Entwicklungsplänen (sozial, emotional und kognitiv) und Abschluss einer Vereinbarung mit den Eltern über diese Entwicklungspläne.

Eckpunkte der Ganztagschule in sozialen Brennpunkten⁵

Wenn die Bildungsförderung für alle Kinder, insbesondere für Kinder aus sozialen Brennpunkten optimiert werden soll, kann dies nur durch integrierte Strategien erfolgen. Diese integrierten Strategien setzen ein neues Verständnis von Schule voraus. Die Stiftung SPI geht nicht davon aus, dass die nachstehenden Zielprojektionen Ausgangspunkt oder Voraussetzung des Angebots sind. Sie weisen jedoch den Weg einer Schulentwicklung, die sich an der individuellen Förderung der Kinder und Jugendlichen in ihrer Lebenswelt orientiert.

Die Schule wird zukünftig in einem sozialräumlichen Kontext ein Ort sein, an dem

- Fachkräfte unterschiedlicher Profession zusammen kommen und ihre speziellen Kompetenzen einbringen,
- Schüler und Schülerinnen als mitwirkende Akteure in ihrer Subjektstellung anerkannt und beteiligt werden,
- Eltern direkt bei der Ausgestaltung des Schulalltags berücksichtigt werden sowie Schule sich selbst als aktiver Teil des Gemeinwesens versteht und Bildungsprozesse deshalb auch soziale Lernprozesse sind.

Dabei wird diese neue Schule nicht von selbst entstehen, sie muss von den Akteuren entwickelt und aufgebaut werden.

- Die Schule neuen Typs ist eine Schule des Ausprobierens.
- In der Ganztagschule wird es mehr Zeit für Kinder geben, weil Unterricht, Freizeit und Fördermaßnahmen zusammen spielen.
- Allgemeine Lehrpläne werden durch individuelle Förderpläne ergänzt/ersetzt.
- Durch eine systematische Bildungsförderung kann auf die Besonderheiten einzelner Kinder, ihrer biografischen und sozialen Hintergründe intensiver eingegangen werden.
- Die Schule neuen Typs bezieht soziale, kulturelle und sportliche Organisationen in ihr „Schulehalten“ mit ein und schafft so die Grundlage für mehr Zeit zur Förderung individueller Begabungen.

⁵ Zusammenfassung Bundesjugendkuratorium: Auf dem Weg zu einer neuen Schule, www.bundesjugendkuratorium.de

- Diese Schule neuen Typs ist keine klassische Unterrichtsschule mehr, sie öffnet sich der Lebens- und Erfahrungswirklichkeit ihrer Kinder und Jugendlichen, ihrer Eltern, ihrer Familien, sie nimmt Rücksicht auf sozial und ökonomisch schwierige Lebenssituationen der Familien und sie erkennt die Besonderheiten von Kindern mit Migrationshintergrund an.
- Schule selbst wird zu einem Sozialraum und fördert über das Lernen hinaus soziale und emotionale Persönlichkeitsbildung.
- Die Eltern der Kinder und Jugendlichen sind nicht mehr Außenstehende, die ihre Kinder in der Schule abgeben, sondern werden Akteure, z. B. in projektorientierten Angeboten.
- Die Ganztagschule ist sowohl auf die Grundschule als auch auf die Schultypen der Sekundarstufe 1 und Sekundarstufe 2 ausgerichtet. Deshalb sind hier insbesondere die Tageseinrichtungen für Kinder gefordert, an der Ganztagschule mitzuwirken. Dies betrifft insbesondere die offene, die verbandliche und die kulturelle Jugendbildung.
- Die Schule neuen Typs (Ganztagschule) muss insbesondere die Übergänge Kindergarten/Schule, Schule/Beruf beachten.
- Beim Übergang Schule – Beruf bedarf es besonderer Anstrengungen. Hier wird auf Modelle verwiesen, in denen einzelne Hauptschulen gezielt Gewerbetreibende und Unternehmen aus ihrem unmittelbaren Einzugsbereich zu einem Bündnis Schule und Arbeit eingeladen haben. Die Durchführung von Betriebspraktika, das Finden von Lehrstellen bis hin zur Ferienarbeit wird in gemeinsamen Projekten, Schulen und Unternehmen unter Einbeziehung von Jugendsozialarbeitern als wesentliches Element der Gestaltung von Schule, Unterricht begriffen. Anforderungen aus der Arbeitswelt bleiben nicht mehr abstrakt, das gegenseitige Verständnis, wie man z. B. die sozialen Schlüsselqualifikationen erwirbt, um in der Arbeitswelt, in der Ausbildung bestehen zu können, wird nicht vom „Lehrer“, sondern vom „Unternehmer“ plausibel und authentisch gemacht.

Leitziele:

Es werden für alle Jugendlichen individuelle Bildungspläne aufgestellt.

Kein Jugendlicher verlässt die Schule ohne Hauptschulabschluss.

Kein Jugendlicher bleibt nach der Schule ohne Ausbildung.

Kein Jugendlicher bleibt nach dem Berufsabschluss ohne Eingliederungshilfen in den ersten Arbeitsmarkt.

8. Umsetzung in kommunales Handeln

Bildung von Lokalen Zentren

Das institutionalisierte Element der „Lokalen Zentren“ ist aus den Erfahrungen in Großbritannien (EEC, Early Excellence Centre) abgeleitet.

Zur Verwirklichung integrierter Dienstleistungen wurden Ressourcen für die Einrichtung eines Netzwerkes von Kinderbetreuungseinrichtungen verfügbar gemacht, das ein breit gefächertes Dienstleistungsangebot für Kinder, Familien und ihr kommunales Umfeld bietet, vor allem in den am meisten benachteiligten Quartieren. Diese Zentren sollen qualifizierte vorschulische und schulische Kindererziehung und -betreuung, Unterstützung der Familien

und Dienstleistungen des Gesundheitswesens gebündelt anbieten und als Anlaufstelle für die Eltern, die Träger von Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Alterstufen in den jeweiligen Gemeinden dienen.

Ihre Ziele („top level“):

- Verbesserung des schulischen Leistungsniveaus,
- Beschäftigungsförderung und Verbesserung der Produktivität der Eltern,
- Verringerung der Kinderarmut,
- Verbesserung des Gesundheitszustandes,
- Reduzierung sozialer Ausgrenzung,
- Förderung von Chancengleichheit,
- Verbesserung der Qualität des öffentlichen Dienstes und der Zugangsmöglichkeiten zu seinen Dienstleistungen.

Betreuungseinrichtungen sollen innovative Modelle integrierter Betreuungsdienstleistungen bereitstellen und folgendes bieten:

- qualifizierte und integrierte vorschulische Kindererziehung und -betreuung,
- Unterstützung, Einbeziehung und Schulung der Familien,
- Erwachsenenbildung,
- Dienstleistungen des Gesundheitswesens,
- praxisorientierte Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher,
- Verbreitung vorbildlicher Berufspraxis (good practice).

Eine Kindertagesstätte (mit Krippenangebot) und eine Ganztagschule bilden die institutionellen Kerne eines Lokalen Zentrums.

Kindertagesstätte und Schule stimmen ihre Aktivitäten und Angebote miteinander ab und beziehen die vorhandenen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozial- und Gesundheitsdienste, der Arbeitsmarktpolitik aktiv in ihr Konzept ein.

Ihre zentralen Fragestellungen sind:

- Wer profitiert von diesem integrierten Handlungsansatz, welcher Art sind die Hilfen/Vorteile?
- Wie kann der Fortschritt auf dem Weg zur Integration verstetigt, wie kann ein solcher Wandel gemanagt werden?
- Welche Faktoren erweisen sich als hinderlich für den Aufbau einer integrierten Betreuung?
- Welche Rolle spielen die Eltern und ihr Umfeld für die integrierten Dienste?

Sie initiieren und organisieren sog. „runde Tische“, in denen die lokalen Akteure, insbesondere aber auch die Bewohner/innen des Gebiets an der Planung, Umsetzung und Bewertung der neuen Praxis mit neuen Partnerschaften beteiligt werden.

9. Was geregelt werden muss: Schritte zur Umsetzung auf kommunaler Ebene⁶

a) Einleitende Maßnahmen

- Work-Shops zur Analyse der Handlungsfelder
- Kleinschrittiger Beginn mit wenigen gemeinsamen Maßnahmen
- Transparenz über Ziele, Ressourcen, Personen

⁶ Stiftung SPI, E & C-Journal Nr. 5, www.eundc.de

- Regelmäßige gemeinsame Dienstbesprechungen
- Emails und Website nutzen, sie bieten leistungsfähige und flexible Kommunikationsmöglichkeiten
- Ansprechpartner der Ämter als „Kommunikationsadministratoren“ festlegen
- Informationswege, Intensität und Umfang der Kooperation festlegen
- Information an Dritte nur gemeinsam oder in Absprache
- Einbeziehung weiterer Partner in den Kommunikationsprozess nur im Konsens, Klärung der Erwartungshaltung
- Festlegung der Moderation, Geschäftsführung der Gesprächsrunden
 - „Outsourcing“
 - oder
 - einer der Beteiligten
- Hospitationen
 - kurze Hospitationen im Sinne der Vertrauensbildung
 - längere zum Austausch von Sachkosten
- Synopse der Förderinstrumente und –voraussetzung
 - Arbeitsamt
 - Sozialamt
 - Jugendamt
 - Stadtplanungsamt
 - Schulamt
- Kofinanzierungsmöglichkeiten bei gemeinsamen Angeboten prüfen
- Austausch von Hilfeempfangern regeln
 - Datenschutzgesetze verhindern einen vollständigen Austausch von Daten
 - uneingeschränkter Datenaustausch ist möglich, wenn der Betroffene schriftlich zustimmt.
 - Der Austausch über Personen im Rahmen von Fallkonferenzen wird durch datenschutzrechtliche Bestimmungen nicht berührt.

b) Errichtung einer kommunalen Koordinationsstelle

- Bündelung von Informationen, Maßnahmen (Angebote)
- Finanzierung
- Arbeitsmarktfähigkeit
- Festlegung der Qualitätsstandards
- Weiterentwicklung bestehender Hilfeangebote

c) Absprachen und Vereinbarungen vertraglich gestalten

- Transparenz
- Sicherheit durch Verbindlichkeit
- Zielorientierung
- Verträge/Vereinbarungen erweiterbar gestalten

d) Inhalte eines Vertrages einer Vereinbarung

- Präambel klärt Grundlagen
- Ziele und Zielgruppen klar benennen
- Präzisierung durch Arbeitsprogramme
- Lokale Schwerpunkte setzen
- Regionale Netzwerke knüpfen
- Aufgabenverteilung klären
- Fortschreibbaren Maßnahmenkatalog entwickeln, Maßnahmen, Verantwortlichkeit

- Finanzierungsrichtlinien entwickeln ggf. Jahresbudget aufstellen
- Informationsaustausch
- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit (der Erfolg gehört allen)
- Vertragsdauer regeln.

e) Zusammenarbeit mit Trägern und Beauftragten festlegen

- Regelung des Umgangs des Informationsaustausches
- Strategien der Kooperation festlegen
 - auf welchen Feldern
 - mit welchem Auftrag
 - mit welchen Pflichten
- Transparenz der Auswahl der Träger nach Qualitätskriterien ggf. durch Ausschreibung
- Steuerung der Träger durch Erfolgsmessung und leistungsorientierte Entgeltregelungen
- Dienstleistungen an Externe in Teilbereichen festlegen (z. B. Schuldnerberatung, Suchtberatung, Erziehungs- und Familienberatungsstellen)
- Vergabe von Dienstleistungen an Dritte als Entlastung der eigenen Mitarbeiter organisieren/kommunizieren.

f) Öffentlichkeitsarbeit, Information der Bürgerinnen und Bürger

- **Kampagne Erziehung, Bildung, Kultur**
Mit der Kampagne Erziehung sollen Eltern - und alle die Kinder erziehen - in ihrer Kompetenz gefördert und ein positives Erziehungsklima geschaffen werden. Die Kampagne Erziehung ist ein wesentliches Projekt des Jugendamtes. Bestandteil der Kampagne sind Veranstaltungen, offene Foren, Tag der offenen Türen. Die Kampagne Familie, Bildung und Kultur unterstützt Initiativen für eine familienfreundliche Schule. Die Weiterentwicklung der Eltern- und Familienbildung ist ein weiterer Schwerpunkt.
- **Kampagne Lebensform Stadt/Land**
In diesem Handlungsfeld geht es darum, familienfreundliche und kinderfreundliche Maßnahmen zu fördern und das Wohngebiet als Lebensraum für Familien, Kinder und Jugendlichen attraktiv zu machen. Es geht um eine angemessene Beteiligung der Familien, der Kinder, der Jugendlichen an diesem Prozess. Das Handlungsfeld umfasst die Bereiche Stadtplanung, Verkehrsplanung, Wohnen, Wohnumfeld, Bürgerbeteiligung.
- **Kampagne Familie und Beruf**
Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Thema. Im Mittelpunkt des Handlungsfeldes Familie und Beruf stehen der Aufbau eines Netzwerks mit verschiedenen Modulen, neuen Projekten und das Zusammenwirken verschiedener Akteure. Es ist Beispiel einer kommunalen Strategie zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Familienbewusste Personalpolitik in Unternehmen soll durch einen aufzubauenden Familienservice unterstützt werden. Die Dienstleistungen der Bezirksverwaltungen sollen sich noch stärker an den Bedürfnissen von Familien orientieren.